
Gründungskongress ver.di

Erster Kongresstag – 20. März 2001

Grundsatzrede des Vorsitzenden der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske

Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal auf den heutigen Morgen zurückkommen und sagen, dass für mich diese Frage der Kollegin und des Kollegen an den Nachbarn und die Nachbarin „Na, und in welcher Gewerkschaft warst Du früher?“ wirklich schon jetzt der Satz des Tages ist.

In der Tat liegen ereignisreiche Tage hinter uns. Bis vorgestern war die gesamte Aufmerksamkeit der Medien auf eine einzige Frage gerichtet: Schaffen die das, oder schaffen die das nicht? Ich denke, wir haben gezeigt: Wir schaffen das! (Beifall) Alle miteinander, auch wenn das nicht immer ganz einfach war und manchmal auch ein wenig mühselig.

Aber wir haben es geschafft. Wir haben fünf Organisationen zusammengefügt, die alle ihre eigene Geschichte haben, ihre eigene Tradition mitbringen, ihren Stolz, weil jede dieser Gewerkschaften etwas Besonders gewesen ist.

Die HBV, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat es geschafft, in so unterschiedlichen Bereichen wie den Banken und dem Einzelhandel erfolgreiche Streiks zu organisieren und darüber eine starke branchenübergreifende Identität herauszubilden. (Beifall) – Das ist verdienter Beifall!

Die DPG zeichnet sich aus durch einen sehr hohen Organisationsgrad und durch zukunftsweisende Ansätze in der Mitgliederwerbung, von denen wir alle lernen können, auch bei der Jugend. (Beifall) Die DPG kann selbstbewusst und stolz die

ausgeprägte Rolle einbringen, die ehrenamtliche Arbeit in der Gewerkschaft gehabt hat, zu unser aller Nutzen. (Beifall)

Der IG Medien, Kolleginnen und Kollegen, haben wir es zu verdanken, dass ver.di nicht nur die jüngste Gewerkschaft in Deutschland ist, sondern sich zugleich die älteste nennen darf. Der Deutsche Buchdruckerverband, aus dem die IG Medien hervorging, war 1866 die erste Gewerkschaft in Deutschland. Und es war dieser Verband, der 1873 den ersten überregionalen Tarifvertrag im Deutschen Reich erstreikt hat. (Beifall)

Das ist eine Tradition. Wenn wir an bedeutende Gewerkschaftsvorsitzende der letzten 50 Jahre denken, dann zählt Loni Mahlein sicherlich dazu. Dabei ist diese IG Medien quicklebendig geblieben. Die Streiks im „Cats“-Musiktheater und die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für die Tänzerinnen und Tänzer bei der EXPO legen davon ebenso beredt Zeugnis ab wie die Warnstreiks bei den Cinemax-Kinos in den letzten Wochen.

Die Keimzelle der ÖTV entstand 1896 mit dem „Verband der Arbeiter in Gasanstalten, auf Holz- und Kohleplätzen und sonstiger Arbeitsleute“ – Vielfalt schon damals! Bis zu diesem Kongress, Kolleginnen und Kollegen, war die ÖTV durch eine große Vielfalt und durch eine Organisationskultur gekennzeichnet, die mit dieser Vielfalt produktiv umgegangen ist. Dazu gehörte auch eine starke Stellung der Frauen in der Organisation und die konsequente Quotierung aller Wahlfunktionen. (Beifall)

Nicht zuletzt – nicht zuletzt! – gehört zu unseren fünf Gründungsorganisationen die DAG. Von uns allen hat sie den weitesten Weg zurückgelegt, aus der Erfahrung heraus kommend, dass Statusunterschiede zwischen den Beschäftigten an Prägekraft verloren haben und es sich lohnt, gewerkschaftliche Konkurrenz im Interesse aller Beschäftigten zu überwinden. (Beifall)

Die DAG hat das größte Erwachsenenbildungswerk aufgebaut, zu dem auch eine staatlich anerkannte Fachhochschule gehört. Sie kann selbstbewusst und stolz auf die besondere Stellung der Ehrenamtlichen in ihrer Organisation ebenso verweisen wie auf die Qualität ihres Rechtsschutzes und ihre außerordentliche Finanzkraft.

Schön, Kolleginnen und Kollegen, dass Ihr alle da seid. (Beifall) Jetzt werden wir gemeinsam ver.di mit und für die Menschen in den Dienstleistungsberufen

voranbringen, zu einer starken und attraktiven, offenen und aufgeschlossenen Kraft machen.

Lasst mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich denen danken, die dafür an verantwortlicher Stelle die Voraussetzungen geschaffen haben; es ist mir ein inneres Bedürfnis. Stellvertretend für viele danke ich Roland Issen. (Beifall)

Und bezieht in Euren Beifall bitte auch gleich noch Silvia Benz und Ursula Konitzer ein. Ohne sie wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen. (Beifall)

Ich danke Kurt van Haaren und Michael Sommer von der Deutschen Postgewerkschaft (Beifall), Detlef Hensche und Gerd Nies von der IG Medien, Margret Mönig-Raane und Franziska Wiethold von der HBV, (Beifall) sowie auf Seiten der ÖTV Horst Fricke und Herbert Mai. (Beifall)

Ihr alle habt in den vergangenen Jahren die Chance für ver.di erschlossen und den Weg frei gemacht, den wir jetzt beschreiten und gemeinsam ausgestalten werden. Euch dafür zu danken und meine Anerkennung auszusprechen ist ein Akt der Freude und der inneren Genugtuung. (Beifall)

Drei der fünf Vorsitzenden – Detlef Hensche, Kurt van Haaren und Roland Issen – werden dem Bundesvorstand von ver.di nicht mehr angehören, aber ich kann Euch Delegierten und Euch Dreien versichern, das, wofür Ihr mit Eurem Engagement und Eurer Persönlichkeit gestanden habt, und das, wofür sich die Gründungsorganisationen von ver.di in ihrer Geschichte immer eingesetzt haben, das werden wir fortsetzen: einzutreten für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und die Würde des Menschen.

ver.di wird sich, wir haben es heute Morgen versprochen, als ein verlässlicher Partner betätigen im weltweiten Kampf gegen Armut, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. (Beifall)

Es waren die Organisationen der Arbeiterbewegung, nicht zuletzt die Gewerkschaften, die vor den Katastrophen des letzten Jahrhunderts rechtzeitig gewarnt haben. Es waren die Gewerkschaften, die nach den Katastrophen den Wirtschaftsaufbau maßgeblich vorangetrieben haben, und es werden die Gewerkschaften sein, die das Gesicht des 21. Jahrhunderts prägen werden. (Beifall)

Es kann überhaupt nicht schaden, sich noch einmal deutlich klar zu machen: Ohne uns, ohne die Gewerkschaften, ohne die Klunckers und Mahleins, aber auch die Schulzes und Schmidts, Meiers und Kunzes und ihre Kämpfe für Lohn und Arbeitszeit, Pressefreiheit und Kündigungsschutz sähe diese Republik heute anders aus. (Beifall)

ver.di stellt sich bewusst in diese Tradition ihrer Ursprungsorganisationen. Zugleich aber steht ver.di für etwas Neues, dafür, sich den Veränderungen in der Arbeitswelt zu stellen. Das ist zwingend notwendig, denn die Organisationsbereiche, aus denen wir unsere traditionelle Stärke schöpfen, werden abnehmen – zum Teil jedenfalls –, während jene, in denen wir noch schwach sind, wachsen werden.

Während auf höchster Konzernebene durch Fusionen die Konzentration vorangetrieben wird, werden gleichzeitig Großbetriebe zerlegt. Zahlreiche Bereiche werden outgesourct, die Zahl der Klein- und Mittelbetriebe nimmt zu. Auch die Zahl der Beschäftigten in diesen Bereichen steigt.

Steigen wird die Zahl der Angestellten und zunehmen werden befristete, Teilzeit-, Leiharbeits- und andere neue Beschäftigungsverhältnisse. Wobei wir zur Kenntnis zu nehmen haben, dass dabei nicht nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, sondern auch solche, die Chancen eröffnen – für den Einzelnen wie für die Gesellschaft insgesamt.

Wer auf diese Entwicklung Antworten finden will, muss sich auf Veränderungen einstellen und Neues wagen. ver.di hat dazu die Kraft. Das haben wir bewiesen – mit unserem Zusammenschluss und mit vielfältigen Aktivitäten, die wir jetzt zusammenführen, systematisieren und verbreitern können.

Nehmen wir zum Beispiel die HBV. Sie hat in den letzten Jahren neue Aktionsformen entwickelt, die beispielhaft sind. In einem Fall ging es um die Drogeriekette Schlecker. Ein harter Brocken. Da wurden gesetzwidrige Löhne gezahlt, unter dem für allgemein verbindlich erklärten Tarif. Da wurden Frauen systematisch gedemütigt, niedergedrückt und entwürdigt, von Detektiven bespitzelt, und da wurde herausgekantert, wer als HBV-Mitglied auffiel und dabei war, einen Betriebsrat aufzubauen.

Da war an einen herkömmlichen Arbeitskampf nicht zu denken. Also hat sich die HBV Verbündete außerhalb der Belegschaft gesucht, ist in die Öffentlichkeit

gegangen, hat Pfarrer und Künstler dafür gewonnen, das Anliegen der beschäftigten Frauen in dieser Drogeriekette zu unterstützen.

Politiker haben Patenschaften für einzelne Frauen im Betrieb übernommen. Selbst die Familienministerin in Stuttgart hat damals angekündigt, persönlich auf die Barrikaden zu gehen, wenn ihrer Patenkollegin irgendetwas passieren würde.

Es gab Landtagsdebatten - sogar die Regenbogenpresse hat für die Frauen Partei ergriffen.

Diese Kampagne, Kolleginnen und Kollegen, hat Erfolg gehabt. Der Umsatz von Schlecker in der Region Mannheim ging um ein Drittel zurück. Es gingen Frauen in die Läden und sagten: Ich kaufe bei Ihnen so lange nicht mehr, wie ich nicht weiß, dass mit den Frauen in dieser Drogeriekette anders umgegangen wird. (Lebhafter Beifall) Sie waren als Kunden nicht bereit hinzunehmen, dass die Menschen in diesen Läden entwürdigt und niedergedrückt werden.

Nach fünf Monaten konnten bundesweit Betriebsratswahlen bei Schlecker durchgeführt werden. Die vorenthaltenen Tariflöhne wurden nach etlichen Arbeitsgerichtsverfahren nachgezahlt, und am Ende wurde Schlecker noch wegen Vortäuschung tariflicher Bezahlung, also wegen Betrugs, zu elf Monaten Gefängnis auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von einer Million Mark verurteilt. Ich finde, das hat Beifall verdient. (Anhaltender starker Beifall)

Im Wissen um solche Erfahrungen wird sich ver.di für ganz neue Bündnisse und Aktionsformen öffnen. Wenn sich, Kolleginnen und Kollegen, ver.di, die Gewerkschaft der Dienstleister, mit den Bürgerinnen und Kunden zusammentut, die auf die Dienstleistungen angewiesen sind, dann wird es ganz spannend: Da kann ver.di Verbündete von sozialen Bewegungen und kann ver.di selbst soziale Bewegung sein. Wir können von Greenpeace eine Menge lernen - ich denke, das sollte man klar sagen -; aber nicht nur von Greenpeace, sondern auch von unseren HBV-Kolleginnen und -kollegen. (Lebhafter Beifall)

Also, Kolleginnen und Kollegen: Trauen wir uns! Raus aus den Gewerkschaftsghettos, rein ins Leben. (Lebhafter Beifall)

Dass ver.di entschlossen ist, neue Wege zu gehen, zeigt sich auch in den Vorzeigeunternehmen der so genannten neuen Ökonomie, der New Economy. Die

Internet- und Multimediafirmen – von AOL, Amazon über EM.TV bis Pixelpark – werden ja seit längerem als Symbol dafür gehandelt, dass die Gewerkschaften im Grunde der Steinzeit zuzurechnen seien. Sie sind als Musterbeispiel schlechthin für die Unternehmerkampagne unter dem demagogischen Motto der neuen sozialen Marktwirtschaft herangezogen worden.

Noch vor wenigen Monaten schien es, als könne jeder halbwegs begabte Berufsanfänger mit etwas Geschick, Zähigkeit und reichlich Aktienoptionen im Handumdrehen Millionär werden. Wer damals auf die Euphoriebremse trat, wurde als Miesepeter abgekanzelt.

Wenn einen aber die Steinzeit einholt, wenn die Kurse tot sind, dann kann es schnell passieren, dass die schönen Aktienoptionen sehr bald nur noch wenig wert sind. Und dann denkt manch einer schon mal über den Reiz gesicherter Löhne nach, weil von Versprechen, Kolleginnen und Kollegen, auf die Zukunft niemand die Miete zahlen kann. (Lebhafter Beifall)

Und wenn gleichzeitig noch Stellen gekappt werden, machen sich nicht wenige Beschäftigte der IT-Branche schon einmal Gedanken über die Zweckmäßigkeit von Betriebsräten. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist auch gut so. (Beifall) Doch sollten wir uns nichts vormachen: Deswegen kommen sie noch nicht automatisch in die Gewerkschaft.

Ich bin in einem Interview neulich gefragt worden, welchen Organisationsgrad ich denn in diesem Bereich gerne erreichen wolle. Nun, ich habe geantwortet: „Wir wollen sie am liebsten zu 100 Prozent organisieren. Aber unser Ziel ist es, überhaupt erst einmal mit ihnen ins Gespräch zu kommen.“

Genau hier, Kolleginnen und Kollegen, hat ver.di mit dem gemeinsamen Projekt TIM und dem Projekt connex angesetzt. TIM steht für Telekommunikation, Informationstechnologien und Medien und connex für Zusammenhang und Netz. Beide haben eine Hotline, die für Beschäftigte in dieser Branche Beratung bietet. Ob die Firma denn einfach anordnen kann, dass Samstag bis 20 Uhr zu arbeiten ist, wird typischerweise gefragt. Tja, wenn im Arbeitsvertrag zur Arbeitszeit nichts steht und kein Betriebsrat da ist! Wir sagen dann auch: „Ein Betriebsrat hätte Mitbestimmung bei der Arbeitszeit.“

Das trägt Früchte. Im Februar, Kolleginnen und Kollegen, hat das Projekt connex, von DAG und IG Medien betrieben, zusammen mit TIM an alle Mitarbeiter der größten deutschen Internet-Agentur Pixelpark in Berlin eine E-Mail mit der Frage versandt, ob es nicht Zeit für einen Betriebsrat sei. Diese Web-Site verzeichnete in kurzer Zeit 4 000 Zugriffe – und nicht mal drei Wochen später wurde auf einer Pixelpark-Betriebsversammlung ein Wahlvorstand gewählt. (Starker Beifall) Ich bin sicher: Auch wenn es in manch anderer Firma nicht immer direkt und einfach gehen wird, weitere Betriebsräte und weitere ver.di-Mitglieder werden folgen, und zwar umso eher und umso mehr, wie wir den Menschen in diesen Betrieben helfen, ihr Berufsleben im Hinblick auf Sozialversicherung und Vertragsgestaltung zu gestalten, und umso eher und umso mehr, wie wir helfen, maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln, die dem Einzelnen die gewünschte Balance von Autonomie und Absicherung ermöglichen. Wie das angepackt wurde, das, Kolleginnen und Kollegen, ist Zukunft in der Gegenwart. Die Kraft, die das praktisch angeht, ist ver.di.

Deswegen bin ich sicher: ver.di wird ein Erfolg werden, wenn wir sie als Chancengewerkschaft betreiben; als Gewerkschaft, die eine Chance ist, die Chancen eröffnet und die Chancen für eine Gewerkschaftsarbeit bietet, wie es sie bisher nicht gab. Dafür, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir eine neue Beweglichkeit entwickeln. Dafür brauchen wir intern eine neue Professionalität und, um nach außen durchsetzungsfähig zu werden, auch neue Aktionsformen wie im Falle der bereits erwähnten Drogeriekette, so wie mit TIM.

Ich bin zuversichtlich, dass es uns auf diesem Wege gelingen kann, den Mitgliedertrend der letzten Jahre umzukehren und vor allem die Zahl der jungen Mitglieder unter 30 zu erhöhen. (Beifall) Ich denke, daran könnt Ihr diesen Bundesvorsitzenden, daran könnt Ihr diesen Bundesvorstand messen: Den Mitgliedertrend der letzten Jahre umzukehren und vor allem die Zahl der jungen Mitglieder unter 30 zu erhöhen, das ist die Zielmarke.

Warum können wir an diesem Punkt optimistisch sein? Ich sehe mehrere Gründe dafür:

Zum Ersten haben die fünf Gründungsorganisationen bisher alles andere als flächendeckend gearbeitet. Neben der Computer- und Multimediabranche gibt es in unserer Mitgliederkartei viele weiße Flecken: Design- und Werbeagenturen, Call-

Center, private Post, Kurierdienste und Transportunternehmen, privater Rundfunk, private Pflegedienste, Kirchen. Da liegt ein enormes Potenzial für uns.

Zum Zweiten haben die ver.di-Organisationen auch in ihren Traditionsbereichen deutliche Defizite bei den jungen Leuten. Viele können ihr Lebensgefühl im Erscheinungsbild der Gewerkschaften einfach nicht wiederfinden. Wenn ver.di aber zu einer frischen, unkonventionellen Gewerkschaft in der heutigen Lebenswelt wird, dann wüsste ich keinen Grund, weshalb uns dieses Potenzial verschlossen bleiben sollte.

Gerade in den neuen Branchen gibt es zunehmend neue Beschäftigungsverhältnisse - ungesicherte auf der einen Seite, auf der anderen Seite viele Selbstständige. Betrachten wir diese Selbstständigen, dann haben ganz viele gar nicht die Absicht, Unternehmer zu werden. Auch an diese Menschen wenden wir uns. Das geht, Kolleginnen und Kollegen.

Die DPG hat es zum Beispiel bei den Postagenturen geschafft. Das sind kleine Einzelhändler, die in ihren Läden auch einen Postschalter haben. Für die handelt die DPG die Musterverträge mit der Post aus, mit dem Erfolg, dass sich diese Selbstständigen in hohem Maße gewerkschaftlich organisiert haben, so wie der Durchschnitt im Handel insgesamt. Fangen wir also an! (Beifall)

Diese Gewerkschaft muss in die Forschungszentren hinein, in die EDV- und Internetbranche, in die neuen kreativen Berufe wie Design, Werbung, Videoproduktionen, privater Rundfunk. Auch das geht; die haben nichts gegen uns - jedenfalls nicht die Beschäftigten. (Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen in die neuen Beschäftigungsformen hinein. ver.di muss die Gewerkschaft der geringfügig und der befristet Beschäftigten sein, der Leiharbeiter und der Telearbeiterinnen. ver.di muss die Gewerkschaft der Arbeitslosen sein - und auch die Gewerkschaft der Selbstständigen. (Beifall)

Das irritiert auf den ersten Blick. Aber wie groß unsere Chancen dort sind, hat eindrucksvoll die IG Medien gezeigt. Die kümmert sich im Kunst- und Medienbereich nicht nur um die, die man heute „Scheinselbstständige“ nennt, sondern gezielt auch um die erfolgreichen Selbstständigen.

Sie hat zum Beispiel einen Beratungsservice aufgebaut, da können freie Journalisten oder Web-Designer anrufen, wenn sie Fragen zur Steuer oder Probleme mit Verträgen haben. Da sitzen zwei Dutzend erfahrene Praktikerinnen und Praktiker, die in allen Fragen – übrigens kostenlos – helfen.

Das ist ein Service, Kolleginnen und Kollegen, wie ihn keine Berufsorganisation und kein Arbeitgeberverband bieten, mit dem Erfolg, dass die IG Medien, also ver.di, heute 22 000 Selbstständige als Mitglieder hat und zumindest für Journalistinnen und Journalisten, Schriftsteller und Schriftstellerinnen sowie Übersetzerinnen und Übersetzer die anerkannt führende Berufsorganisation ist. Ich finde, das ist Klasse!
(Starker Beifall)

Warum sollte das nicht auch für selbstständige Programmierer und Grafikerinnen gehen, für Dolmetscher und Hebammen? Wir haben in unserem Organisationsbereich freie Versicherungsvertreter und Schreibbüros, Binnenschiffer, selbstständige Lkw-Fahrer und Kurierere. Wir haben freie Musiklehrerinnen, Steuerberater und Meinungsforscherinnen und noch jede Menge mehr.

Sie alle könnten zu ver.di gehören. Ich möchte, dass wir deren Berufsorganisation werden - jedenfalls so lange, wie sie nicht selber Arbeitgeber sind.

Darüber, wo wir da die Grenze ziehen, müssen wir reden. Mein Vorschlag heißt: ver.di kümmert sich in deren Organisationsbereich um alle, die von ihrer eigenen Hände Arbeit leben und von dem, was sie mit ihrem Kopf bewegen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Gewerkschaft, die neben Abfallwerkern – so heißen die früheren Müllwerker heute – und Erzieherinnen auch Selbstständige und Professorinnen zu Mitgliedern hat, wird eine andere sein, als wir sie bisher gekannt haben. Sie wird vor allem, wie bei jener Drogeriekette, neue Formen der Solidarität entwickeln.

Fast zwei Dutzend Berufsverbände, die mit der DAG gekommen sind, werden mit ver.di kooperieren, allen voran der Marburger Bund mit seinen rund 30 000 Ärztinnen und Ärzten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. (Beifall)

Die neue Solidarität wird berufsübergreifend und branchenübergreifend sein. Freilich, Kolleginnen und Kollegen, damit Solidarität zwischen dem Arzt und der Verkäuferin

möglich wird, müssen wir uns noch besser kennen lernen. Manchmal wissen wir noch zu wenig voneinander.

Dem Kongress der IG Medien – lasst mich das an dieser Stelle ruhig einmal sagen – am Wochenende lag ein Antrag vor, nach dem ver.di keinen Tarifvertrag mehr unterschreiben soll, der Lohngruppen unter 3 000 Mark enthält. (Vereinzelt Beifall)

Ich bin sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Bremen, Ihr findet dafür begeisterte Zustimmung bei allen Kassiererinnen, Pflegehelferinnen und Friseurinnen. (Beifall)

Aber wisst Ihr, dass die ÖTV Tarifverträge für Friseurinnen unterschrieben hat, deren Lohn bei 1 400 Mark anfängt? (Unruhe) – Ja, mir geht das auch gegen den Strich; mir geht es gewaltig gegen den Strich, dass Menschen in diesem Land für 1 400 Mark brutto einen ganzen Monat lang arbeiten müssen. (Starker Beifall)

Aber was machen wir mit einem solchen Beschluss, wenn er denn zu Stande gekommen wäre? Sollen wir dann für die Friseurinnen lieber gar keine Tarifverträge mehr abschließen?

Die Wahrheit, Kolleginnen und Kollegen, ist, dass wir die Niedriglohngruppen, die wir bekämpfen, längst haben. Der Anteil der Beschäftigten in solchen Niedriglohngruppen wird in ver.di sogar größer sein als in den anderen DGB-Gewerkschaften.

Die Arbeitgeber – machen wir uns da doch nichts vor – versuchen, dieses Niveau noch weiter zu drücken durch Billiglohngruppen, die vom Staat subventioniert werden sollen, und durch direkte Lohnsenkungen.

Die Kirchen als zweitgrößter Arbeitgeber in Deutschland zum Beispiel, die sich weigern, Tarifverträge zu vereinbaren, haben in ihren wirtschaftlichen Einrichtungen die Löhne von un- und angelernten Kräften im Reinigungs-, im Hauswirtschafts- und Küchendienst um bis zu 30 Prozent sowie in den ambulanten Diensten um bis zu 15 Prozent gesenkt. Diese Absenkung trifft in allererster Linie Frauen.

Das ist die Realität, mit der wir uns auseinander setzen müssen. ver.di wird sich dieser Realität stellen, um sie zu verändern.

Vielleicht kann uns der Weg der Schweizer Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – die Vorsitzende war gestern Abend bei uns und wir haben darüber

miteinander sprechen können – hier Impulse geben. Dort ist vor über einem Jahr eine Kampagne gestartet worden unter dem Motto "Kein Lohn unter 3 000 Franken!", die darauf abzielt, Arbeitgeber moralisch unter Druck zu bringen. Es gibt bereits erste Teilerfolge. Darüber sollten wir nachdenken. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe hier bewusst zwei Pole beschrieben: den Web-Designer in der New Economy und die Friseurin.

Beide gehören zu ver.di. Mit beiden und für beide wollen wir arbeiten. Spätestens damit aber ist die Zeit der gewerkschaftlichen Patentrezepte vorbei. Wir brauchen spezifische Antworten auch in der Tarifpolitik.

Wenn der Web-Designer - bleiben wir bei diesem Beispiel - projektbezogen auch einmal zwölf Stunden und nachts arbeitet, dann sollten wir unsere Aufgabe nicht darin sehen, ihm das zu verbieten, aber wir sollten uns mit ihm zusammen dafür einsetzen, dass er einen Ausgleich erhält - so wie wir uns um die allein erziehende Mutter kümmern, die ihre Arbeitszeit mit der Kindertagesstätte koordinieren muss. (Beifall)

Tarifpolitik soll den Menschen schließlich nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, sondern ihnen helfen, so zu leben, wie sie das gerne möchten. (Beifall)

Unterschiedlichkeit, Individualität sind für uns keine Schreckgespenster, die gewerkschaftliche Solidarität untergraben, sondern eine positive Herausforderung. Anders als noch vor vielleicht 40 Jahren können Gewerkschaften heute Solidarität nicht mehr aus vergleichsweise ähnlichen Lebenslagen abrufen. Heute müssen wir in sehr, sehr vielen Fällen Solidarität aus Differenz und Vielfalt erst aufbauen.

ver.di ist diese Aufgabe gewissermaßen schon in die Wiege gelegt. Und so werden wir uns für neue Gruppen öffnen. Wir werden dies tun - dies sage ich mit drei Ausrufungszeichen -, ohne unsere angestammten Organisationskerne zu vernachlässigen - seien es die Krankenschwestern oder die Drucker, die Feuerwehrleute oder die Briefzusteller, die Busfahrer oder die Beschäftigten im Einzelhandel.

Lasst mich drei dieser Gruppen beispielhaft herausgreifen.

Die Beschäftigten der Deutschen Post stehen mitten in einer Auseinandersetzung um die Verlängerung der so genannten Exklusivlizenz für die Briefpost. Da geht es um

nichts Geringeres als um die Finanzierungsgrundlage für einen flächendeckenden Postdienst bis hinein ins kleinste Dorf. Trotzdem hat sich die Mehrheit der zuständigen Länderminister gegen die Verlängerung dieser so genannten Exklusivlizenz ausgesprochen.

Ich finde, man braucht schon ein besonders dickes Fell, den Rückzug der Post aus der Fläche zu beklagen und ihr gleichzeitig die Basis für die flächendeckende Infrastruktur zu entziehen. (Beifall)

Dem Liberalisierungskurs und innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen sind seit der Postreform schon über 130 000 Arbeitsplätze zum Opfer gefallen, während bei den neuen Wettbewerbern nur 30 000 neue Arbeitsplätze entstanden sind - größtenteils als 630-Mark-Jobs. Wie scheinheilig darf man in diesem Land eigentlich auftreten? (Beifall)

Aber, Kolleginnen und Kollegen, da sind ja auch noch wir: ver.di - das sind drei Millionen Postnutzer. Ich denke, die werden sich für den Erhalt der Bürgerpost stark machen. Sie unterstützen auch die Postkraftfahrer, die gestern gegen Pläne der Deutschen Post demonstriert haben, den Fahrdienst an private Spediteure zu vergeben. Sie haben gesagt, in der Vergangenheit habe sich die Post AG gegen Bettelöhne, Entlassungen und überlange Arbeitszeiten ausgesprochen; nun sei sie im Begriff, sich die unsozialen Methoden der Konkurrenz zu Eigen zu machen.

Das war der Gegenstand des gestrigen Warnstreiks. Ich denke, er verdient unsere ganze Unterstützung. (Lebhafter Beifall)

In der Energieversorgung - um eine dritte Gruppe herauszugreifen - werden derzeit die Weichen für eine klimaschonende Investitionspolitik gestellt. Dabei geht es um die Arbeitsplätze bei den Stadtwerken, aber auch um wichtige Zukunftsentscheidungen in den großen Verbundunternehmen. Zugleich sind mit dem Konsens über den Atomenergieausstieg Existenzfragen für Energiestandorte aufgeworfen.

ver.di wird sich zusammen mit den Beschäftigten in den Atomkraftwerken dafür einsetzen, dass diese Standorte auch nach dem Ausstieg als Energiestandorte erhalten bleiben.

Der Atomkonsens muss für alle Seiten verbindlich sein. Energiekonzerne wie Bundesregierung sind deshalb gefordert, zusammen mit den Betriebsräten und ver.di über Alternativen für Stade, Obrigheim und die anderen Standorte nachzudenken.

(Beifall)

Die erste ver.di-Lohnrunde beginnt bald, sehr bald. Schon Anfang April starten die Verhandlungen für die Bank- und Versicherungsangestellten. In den diesjährigen Tarifrunden für die rund vier Millionen Beschäftigten bei Banken und Versicherungen sowie im Einzelhandel wollen wir für eine deutliche Erhöhung der Tarifentgelte streiten. Ihr könnt sicher sein: Hier werden wir, hier wird ver.di Flagge zeigen!

(Beifall)

Erlaubt mir, an dieser Stelle eine weitere Gruppe anzusprechen. Die 50- bis 60 000 Zivilbeschäftigten der Bundeswehr sind zurzeit nicht nur mit Standortschließungen konfrontiert, sondern zugleich mit einem massiven Privatisierungsprogramm, das ihre Arbeits- und Entlohnungsbedingungen bedroht. Wir verhandeln seit mehreren Monaten über einen tarifvertraglichen Schutz für diese Kolleginnen und Kollegen. Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: ver.di erwartet in der nächsten Runde im März einen Durchbruch, einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und eine echte Einkommenssicherung. Beides ist notwendig. Sollte das im März ausbleiben, wird ver.di Druck machen, bis hin zum Arbeitskampf. (Beifall)

Deutlich wird an diesen Beispielen, dass ver.di den Willen hat, überall dort, wo es erforderlich ist, die Kraft gemeinsamen Handelns einzusetzen, zum Beispiel in den nächsten Tagen im Luftfahrtbereich. Gleichzeitig werden wir unsere eigene Dienstleistungsqualität, den Service, den wir unseren Mitgliedern bieten, verbessern müssen.

Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wenn ver.di mitgliederorientiert arbeitet und eine gute Beratungs- und Betreuungsqualität bietet, dann kann uns das als „Kampforganisation“ - oft werden ja Dienstleistungsqualität und konfliktfähige Organisationen als Gegensatz angesehen - nur stärker machen. (Beifall)

Alles andere wäre ja auch völlig verquer, denn ver.di-Mitglieder sind Profis für Dienstleistung. Sie wissen, was gute Dienstleistung bedeutet, und ich denke, sie haben ein Recht auf einen professionellen Service durch ihre Gewerkschaft. (Beifall)

Es kann nur von Vorteil sein, dass wir von unseren Gründungsorganisationen hervorragende Dienstleistungen übernommen haben: den Lohnsteuerservice der DPG, die Mieterberatung der HBV, die Beratungsstellen für Technologiefolgen und Qualifizierung der DAG, den Berufsrechtsschutz für Selbstständige der IG Medien und die Spezialversicherungen der ÖTV.

Fast drei Millionen Mitglieder hat ver.di. Das ist schon eine Menge. Ich denke, es macht Sinn, sich auch das noch einmal deutlich vor Augen zu führen. Rechnet einmal nach:

Wer von Euch am Donnerstag, also übermorgen, mit dem Bus zur Arbeit fährt, der kann, wenn der Bus halbwegs voll ist, sicher sein: Außer ihm oder außer ihr ist mindestens noch ein ver.di-Mitglied im Bus, rein statistisch jedenfalls. (Heiterkeit) Mit dem Busfahrer sind es natürlich noch mehr. (Lebhafter Beifall)

Dennoch, Kolleginnen und Kollegen, ich halte wenig von Eitelkeitswettbewerben, und ich sehe den Daseinszweck unserer Organisation auch nicht darin, der IG Metall Paroli zu bieten, wie das neulich eine Journalistin von mir hören wollte. Wir hier in ver.di suchen die Zusammenarbeit mit den anderen DGB-Gewerkschaften und wollen gemeinsam Kräfte bündeln und verstärken. (Starker Beifall)

Was und wie viel wir da bewirken können, hat, denke ich, die Kooperation mit der IG Metall in der Schlussphase der Gesetzgebung zur Rentenreform gezeigt. Keine zwei Wochen nach dem ÖTV-Gewerkschaftstag von Leipzig haben Klaus Zwickel und ich uns zusammengesetzt und mit den anderen Gründungsmitgliedern von ver.di konkrete Verabredungen für gemeinsame Aktionen getroffen – und das ging! Ich finde, so sollten wir weitermachen, was die Aktionsbereitschaft und was die Bereitschaft zur Zusammenarbeit angeht. Und alle Signale, die ich erhalte, deuten darauf hin, dass dies in der IG Metall genauso gesehen wird und dass es in der IG BAU und in der NGG nicht anders ist. (Beifall)

Das ist umso wichtiger, als mit der Bildung unserer Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft natürlich nicht alle Überschneidungen in den Organisationsbereichen beseitigt sind. Bei den Informations- und Kommunikationstechnologien oder im Gebäudemanagement zum Beispiel ist noch ungeklärt, wer für künftige Tarifverträge zuständig sein wird, jedenfalls in einer ganzen Reihe von Betrieben. Besonders bei Ausgründungen möchten sich die

Arbeitgeber das gern zunutze machen, die Gewerkschaften gern unter Druck setzen und die vorhandenen Standards gerne mit Billigtarifen tunneln. Diese Unterbietungsspiralen müssen wir durchbrechen. (Beifall)

Wir müssen uns unter den DGB-Gewerkschaften über unsere tariflichen Standards abstimmen. Die einzelnen Gewerkschaften müssen Tarifkooperationen eingehen.

In diesem Geist haben wir – das heißt: Roland Issen und Michael Sommer, die diese Abgrenzungs- und Kooperationsverhandlungen mit den Industriegewerkschaften geführt haben – gehandelt, und so werden wir es weiter halten. Wir wollen neue Mitglieder für die Gewerkschaften gewinnen und nicht anderen alte abwerben. Dafür stehe ich und dafür, dass wir gemeinsam den DGB stärken. (Starker Beifall)

Im partnerschaftlichen Geist wollen wir auch mit den übrigen Dienstleistungsgewerkschaften kooperieren. Im Verkehrssektor, im Bereich Erziehung und Wissenschaft steht ver.di für eine Politik der ausgestreckten Hand. Wenn wir in Zukunft auf diese Weise zusammenfinden können, umso besser! Ich denke, den Mitgliedern käme das ganz sicher zugute. (Beifall)

Ich will aber auch keinen Zweifel lassen, dass wir uns wehren werden, wenn andere unsere Kooperationsbereitschaft als Schwäche missverstehen und den Weg eigener Nutzenmaximierung beschreiten würden. (Beifall) Um Klartext zu reden, Kolleginnen und Kollegen: Es löst nicht nur bei unseren Mitgliedern vor Ort tiefe Irritation aus, wenn – wie aktuell im süddeutschen Nahverkehr – ein landesweit für allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag durch eine Betriebsgewerkschaft im DGB per Haustarif getunnelt wird. (Beifall) Das, Kolleginnen und Kollegen, werden wir nicht akzeptieren. Wer das anders sieht, wer glaubt, ver.di würde in einem Schlüsselsektor ihres Organisationsbereichs still halten, der täuscht sich. (Beifall)

Mit dieser Organisation ist jedenfalls zu rechnen. Unsere Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft wird ein fairer Partner sein, auf den Verlass ist. Aber sie wird sich zu wehren wissen, wo immer das nötig ist. Das, denke ich, sind wir unseren Mitgliedern schuldig. (Starker Beifall)

Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu regulieren ist im Zeichen von Deregulierung und Massenarbeitslosigkeit nicht einfacher geworden. Auf der einen Seite stehen riesige Produktivitätszuwächse und Gewinnsteigerungen, auf der

andern Seite stehen die Löhne seit Jahren unter Druck. Dieser Druck kann sich durch die Osterweiterung der EU noch verstärken.

Das Problem kennen wir ja schon heute im Land. Um polnische Kollegen – ich sage ganz bewusst „Kollegen“ - als Busfahrer im Personennahverkehr für fünf Mark Stundenlohn einzusetzen, wie es ein Busunternehmer in Niedersachsen getan hat – dazu bedurfte es gar nicht der EU-Osterweiterung.

Auf den Baustellen herrscht zum Teil eine unglaubliche Unterbietungskonkurrenz. Es gehört zu den nachdrücklichsten Erlebnissen, die ich in den letzten Jahren gehabt habe, dass Kollegen aus dem Gesamtpersonalrat berichteten, wie die Gewerbeaufsicht in Stuttgart eine Baustelle in der Stuttgarter Innenstadt dicht gemacht hat, auf der russische Bauarbeiter, also russische Kollegen, zu einem Stundenlohn von 50 Pfennig eingesetzt waren. (Pfui-Rufe) Und wenn wir ins ostdeutsche Metall- und Holzhandwerk schauen, stoßen wir zum Teil auf ganze tariffreie Zonen. Hier besteht schon lange Handlungsbedarf.

Trotzdem, Kolleginnen und Kollegen: das Lohngefälle an der deutsch-polnischen Grenze beträgt sieben zu eins. In manchen Branchen soll das Lohnniveau zum Teil bei einem Fünftel des deutschen Sozialhilfeniveaus liegen. Wenn es da kein Hauen und Stechen geben soll, brauchen wir Rahmenbedingungen durch den bundesdeutschen Gesetzgeber. Er muss für Tariftreue und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sorgen und er muss ein Vergabegesetz beschließen, das öffentliche Aufträge an soziale und tarifliche Mindeststandards bindet. Das ist eine Aufgabe des Tages. (Lebhafter Beifall)

So etwas Ähnliches haben die Kollegen von der DPG für ihren Bereich ja schon durchgesetzt – die Kolleginnen natürlich auch! Sie haben eine Klausel im Postgesetz verankern können, wonach in Deutschland nur derjenige eine Postlizenz bekommt, der die im Gesetz definierten sozialen Mindeststandards einhält. - Ich gratuliere Euch, Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Erfolg. (Beifall)

Ich kann es auch nur ausdrücklich begrüßen, dass die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen ihre Minister aufgefordert haben, ein Landesvergabegesetz auf den Weg zu bringen und darüber hinaus im Bundesrat die Initiative für ein bundesweites Vergabegesetz zu ergreifen. Wir alle würden uns auch

freuen, wenn es vom Bundeskanzler in dieser Angelegenheit morgen ein klares Wort gäbe. (Lebhafter Beifall)

Wir jedenfalls sind entschlossen, bei diesem Thema nicht locker zu lassen und es weiterhin mit allem Nachdruck voranzutreiben, und zwar – ich sage das bewusst – zusammen mit allen unseren Kolleginnen und Kollegen von der NGG und von der IG BAU, zusammen mit den Kollegen in den Schlachthöfen und zusammen mit den Bauarbeitern der IG BAU. (Beifall)

Die Verantwortlichen in Bund und Ländern müssen in aller Klarheit wissen: Wir wollen die EU-Osterweiterung, wir wollen die weitere Vertiefung der europäischen Integration. Aber sie kann und muss – um der inneren Akzeptanz willen – mit sozialpolitischen Instrumenten abgesichert werden, wie sie Bund und Ländern zur Verfügung stehen. Es reicht eben nicht, nur Übergangsfristen für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes festzulegen. Auch ein Vergabegesetz muss her! (Beifall)

Aber nicht nur die Politik, Kolleginnen und Kollegen, auch wir selbst sind gefordert. ver.di muss und ver.di wird ihre europapolitischen Aktivitäten verstärken. Denn was auf der europäischen Ebene in Brüssel und Straßburg passiert, ist in den Wirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zu 80 Prozent Innenpolitik. Auch wenn dieser Schluss bei vielen von uns in dieser Form noch nicht angekommen ist und auch bei mir lange diese Klarheit und Deutlichkeit nicht angekommen war, es ist so. Darauf müssen wir Einfluss nehmen.

ver.di wird deshalb alles tun, um die Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa stark zu machen. Wir werden

- die Zusammenarbeit mit ihnen intensivieren,
- unsere Ressourcen für die Europapolitik verstärken,
- die Kooperation der europäischen Gewerkschaftszusammenschlüsse vorantreiben,
- uns verstärkt dem Aufbau von Euro-Betriebsräten zuwenden
- und grenzübergreifende regionale Kooperationen ebenso wie die tarifpolitische Koordination vorantreiben. Ich meine, dabei können wir uns bereits auf erste Erfahrungen unserer ver.di-Bezirksverwaltungen, zum Beispiel in Görlitz, stützen. Und das ist gut so! (Beifall)

Ich denke, wir sollten die europäische und die internationale Zusammenarbeit in unserem Alltag leben. Dazu müssen wir uns auch selbst und diese Organisation erst mal fit machen:

Wir brauchen mehr Kenntnisse, mehr Informationen über die Lebensbedingungen in unseren Nachbarländern. Das fängt bei verstärkter Sprachschulung für Sekretäre an und hört bei regelmäßigen Austauschprogrammen noch längst nicht auf.

Ich bitte Euch, Kolleginnen und Kollegen: Macht dabei mit. Europa sind wir. Europa darf kein Thema für Festreden bleiben! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen dafür ein, die Würde des Menschen zu schützen und die Menschenrechte zu verteidigen. Und denen entgegenzutreten, die sie bedrohen – auch und zuerst im eigenen Land. (Beifall)

Darum ist es ganz schlicht ein Gebot von Anstand und Moral, den rassistischen Totschlägerbanden und ihrem geistigen Umfeld entgegen zu treten, die meinen, sie hätten das Recht, andere Menschen für Freiwild zu erklären, bloß weil diese eine andere Hautfarbe haben, weil sie behindert sind oder weil sie obdachlos sind. (Starker, anhaltender Beifall)

Wir haben die Verpflichtung, aufzustehen gegen dumpfe Ressentiments und Fremdenhass und aktiv einzutreten gegen Rechtsradikalismus – so wie dies beispielhaft die ver.di-Gewerkschaftsjugend tut. (Beifall)

Helfen wird dies aber auf Dauer nur, wenn sich der Umgang mit Migranten in diesem Land grundlegend wandelt. Ich bin davon überzeugt, dass ein „Weiter so“ in der Einwanderung ohne ausreichende Integration die Zahl der unterausgebildeten, nicht voll erwerbsfähigen Jugendlichen erhöhen wird.

Eine Einwanderung ohne ausreichende Integration erzeugt eine Armutsbevölkerung mit deutschen Ansprüchen, aber ohne deutsche Chancen. Das, Kolleginnen und Kollegen, zerstört die Solidarität in der Gesellschaft und fördert Gewalt – auf beiden Seiten!

Ich meine, unsere Städte müssen dauerhaft hier wohnenden Migranten volle Bürgerrechte bieten. (Beifall) Denn Städte, in denen in 20, 30 Jahren – das sind die

Prognosen – 30 oder 40 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ohne Wahlrecht sind, könnten sich in meinen Augen nicht mehr demokratisch nennen! (Beifall)

Um Integration, um Angleichung von Lebensbedingungen und Chancen geht es auch in den neuen Bundesländern. Dort sind die Menschen einem dreifachen Druck ausgesetzt:

- Zum Ersten wird in Ostdeutschland nur jeder Zweite nach einem Tarifvertrag bezahlt.
- Zum Zweiten verschärft die hohe Arbeitslosigkeit den Konkurrenzdruck untereinander drastisch.
- Und zum Dritten holen sich schon jetzt viele Unternehmer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Dumpinglöhnen aus den Nachbarländern.

ver.di wird ihre Aufmerksamkeit deshalb in den nächsten Jahren verstärkt den neuen Bundesländern zuwenden müssen. (Beifall)

Vor allem zwei Dinge können und müssen wir – übrigens auch im Interesse der Westdeutschen – tun:

- Ein vorrangiges tarifpolitisches Ziel von ver.di muss die tatsächliche Angleichung von Ost- und Westgehältern sein. (Beifall)
- Und für mich steht völlig außer Frage, dass die finanziellen Hilfen für die neuen Länder weiter fließen müssen. Die neuen Bundesländer eignen sich nicht für taktische Spielchen oder egoistische Nutzungsmaximierung von Landesregierungen bei Solidarpakt II und Länderfinanzausgleich. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, Sinn und Ziel sozialstaatlicher Politik ist nämlich Einschluss statt Ausschluss. So gesehen ist unser soziales Sicherungssystem Ausdruck der Übereinkunft, füreinander Verantwortung zu übernehmen.

Dieses „Wir stehen füreinander ein“, dieses „Wir übernehmen für uns und füreinander Verantwortung“ ist das geistige Fundament jeder sozialstaatlich verfassten Gesellschaft. Ich meine, für eine der reichsten Gesellschaften in der Menschheitsgeschichte sollte diese Herausforderung zu bewältigen sein. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, auch im Verhältnis der Geschlechter ist von Gleichstellung und gleichen Lebenschancen noch längst nicht zu reden.

In den alten Bundesländern verdienen Männer im Schnitt immer noch 25 Prozent mehr als Frauen. Und zugleich signalisiert unser Steuersystem per Ehegattensplitting ganz offiziell – Ihr wisst ja: Steuern sollen steuern -, dass die Erwerbsfähigkeit von Frauen, sobald sie verheiratet sind, im Grunde unerwünscht ist. Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Fehlsteuerung! (Beifall)

Hinzu kommt, dass das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung völlig unzureichend ist. Während zum Beispiel in Frankreich jedes dritte Kind unter drei Jahren in einer Krippe betreut werden kann, sind es in Westdeutschland gerade mal fünf Prozent, und in den neuen Ländern inzwischen auch nicht viel mehr.

Förderlich für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist das nicht. Ich denke, deswegen sollten wir deutlich machen: Der Bund sollte sich im Rahmen eines sozialen Zukunftsprogramms an Erhalt und Förderung dieser öffentlichen Einrichtungen beteiligen, damit sie ausgebaut werden können. (Beifall)

Aber wir sollten nicht nur darüber sprechen, was andere tun sollen. Wir müssen auch vor der eigenen Tür kehren. Mit knapp 1,5 Millionen Frauen ist ver.di eine der ganz großen Frauenorganisationen in diesem Land. Unser Anteil bei den Frauen liegt gegenwärtig bei 49,5 Prozent.

Wenn die Frauen weiter so aktiv bleiben und sich weiterhin in diesem Maß in dieser Gewerkschaft organisieren – ich selbst habe zuletzt in einer Verwaltung gearbeitet, in deren Kindertagesstätten die Kolleginnen zu 94 Prozent organisiert waren -, dann werden wir beim nächsten ver.di-Kongress wieder eine Frauen-Mehrheit haben. Vorhin haben wir ja gehört, dass es sie hier im Grunde genommen schon heute gibt. (Beifall)

Trotzdem stand im ver.di-Vereinigungsprozess vor allem die angemessene Vertretung der Gründungsorganisationen im Vordergrund – zunächst mit den Persönlichkeiten, die diese Organisationen an ihre Spitze gestellt hatten.

Im Ergebnis gibt es in den 13 Landesbezirksleitungen von ver.di 53 Männer und ganze 13 Frauen. Das ist ein Frauenanteil von unter 20 Prozent. In drei Landesbezirksleitungen sind Frauen nicht vertreten. Das muss sich ändern. (Beifall)

Dass der Frauenanteil im Bundesvorstand bei 40 Prozent liegt und damit immerhin acht Mal so hoch wie im Topmanagement großer Unternehmen ist, ändert an dieser

Tatsache nichts. Daran werden wir arbeiten müssen. Wir werden das mit einem Personalentwicklungsprogramm für Führungskräfte und Hauptamtliche in ver.di gezielt unterstützen.

Außerdem haben wir uns verpflichtet, in allen Politikfeldern – auch in der Tarifpolitik – mit zu überlegen, was unsere Planung und unser Handeln für Männer und was es für Frauen bedeutet.

Wir werden konkret prüfen, wo Tarifverträge die Benachteiligung von Frauen zementieren, und dies dann verändern. Das wird nicht ohne Konflikte gehen – mit den Arbeitgebern und manchmal auch in den eigenen Reihen. Das erfordert von uns allen – Männern wie Frauen – Umdenken und Beharrlichkeit, auch Konsequenz und Konfliktfähigkeit.

Aber das Ziel lohnt es. Macht mit bei dieser großen Aufgabe, gleiche Lebens- und Arbeitschancen für Männer und Frauen zu verwirklichen – auch in unserer neuen Gewerkschaft. (Beifall)

Es gibt eine Reihe weiterer Themen, wo ver.di Akzente setzen muss. Sie betreffen den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge, unsere sozialen Sicherungssysteme, die Massenarbeitslosigkeit und die Beschäftigungspolitik, die Perspektiven unserer Lohnpolitik und die Reform der Betriebsverfassung. Bei all diesen Themen geht es um Einschluss statt Ausschluss und um soziale Teilhabe.

Einschluss, soziale Integration ist unser Ziel. Das ist eine elementare Voraussetzung dafür, Individualität leben und unterschiedliche Lebensentwürfe gestalten zu können. Individualität leben zu können – das geht am besten dann, wenn die Menschen nicht schutzlos und nicht vollständig dem Markt preisgegeben sind.

Einem leistungsfähigen, den Bürgern zugewandten öffentlichen Dienst kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu.

Auf frei zugängliche öffentliche Dienstleistungen sind vor allem diejenigen angewiesen, die nicht in der sozialen Hängematte ihrer Vermögenseinkünfte ruhen können:

- Die Armen, die auf zuverlässige sozialstaatliche Regelungen angewiesen sind,
- die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze von einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur abhängen,

- die Jugendlichen, die Ausbildung, und die Ältern, die Weiterbildung brauchen,
- die Kranken, die ein erstklassiges Gesundheitswesen brauchen.

All das sichert den Menschen Integration und Teilhabe. In diesem Sinn ist ein funktionierender öffentlicher Dienst Grundvoraussetzung für Demokratie und demokratische Teilhabe. Es wird eine Kernaufgabe von ver.di sein, ihn in dieser Funktion bewusst zu machen und die Versorgung aller mit öffentlichen Gütern auf einem hohen Niveau zu verteidigen. (Beifall)

ver.di wird sich zugleich weiter aktiv an der Reform der öffentlichen Verwaltung beteiligen und für eine erweiterte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen einstehen und werben.

Ich sage das ganz deutlich: Die Verwaltungsreform darf dann auch vor hergebrachten Grundsätzen des Bezahlungssystems nicht Halt machen. „Führung auf Zeit“ kann hier frische Akzente setzen. Ebenso die überfällige Anpassung der Vergütungsordnung an veränderte Anforderungen.

In Zeiten verstärkter Kundenorientierung macht es einfach keinen Sinn mehr, wenn Angestellte umso weniger verdienen, je unmittelbarer sie am Kunden arbeiten, und umso mehr, je weiter weg ihre Büros vom Leben draußen sind. (Beifall)

Dabei messen wir dem Erhalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen eine herausragende Bedeutung zu. Wer an den Gemeindefinanzen spart, der spart am Bürger!

Wir werden uns in besonderer Weise um die Reform des Gemeindefinanzsystems kümmern müssen – mit Blick auf seine wachsende Konjunkturanfälligkeit und insbesondere mit Blick auf die katastrophale Finanzlage vieler Gemeinden in den neuen Bundesländern.

In diesen Zusammenhang gehört dann auch die kritische Auseinandersetzung mit einer Steuerpolitik, die Kapitaleinkommen überproportional entlastet und die Steuerlast zu immer größeren Anteilen von Lohneinkommensbeziehern aufbringen lässt. (Beifall)

Eine – ich sage es mal so – erfrischende Bestandsaufnahme der ökonomischen Interessenlage hat man vor einiger Zeit im Theorieorgan der CDU, „Die politische Meinung“, nachlesen können. Und das, was dort zu lesen war, ist leider durchaus

repräsentativ für Strömungen auch in anderen Parteien: „Der Markt“, hieß es dort, „lässt uns keine Wahl. ... Investoren und Unternehmen können im Gegensatz zu den meisten Beschäftigten ins Ausland ausweichen. Die verträgliche Steuer- und Abgabenhöchstgrenze ist deshalb unterschiedlich.“

Im Klartext: Die Armen sind belastbarer als die Reichen, denn sie können nicht weg. (Beifall)

Ich finde, in die Volkswirtschaftslehre sollte dies als Schumi-Effekt eingehen. Abgaben und Steuern sind am besten bei denen einzutreiben, die ihren Lebensunterhalt im Lande verdienen müssen. Bei den anderen muss der Staat immer unterhalb der dann auch noch von den Vermögensbesitzern im Übrigen selbst definierten Schmerzgrenze bleiben, denn sonst ist bald gar nichts mehr zu holen.

Das ist die Logik, die dahin führt, dass der Steueranteil auf Gewinn- und Vermögenseinkünfte immer mehr sinkt und die Arbeitnehmer mit ihren Steuern den Staat bald ganz alleine finanzieren. Das ist die Logik der Kapitulation vor dem Markt. Das ist die Logik, die den Sozialstaat und die öffentliche Daseinsvorsorge zur Disposition stellt. (Beifall)

Wir müssen an dieser Stelle wirklich dagegenhalten und sagen: Wer größere Lasten schultern kann, der muss auch verstärkt zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. (Beifall)

Auch unter diesem Gesichtspunkt – es ist schade, dass Walter Riester jetzt schon weg ist – haben wir die Rentenreformpläne der Bundesregierung kritisiert. Zwar ist es uns gelungen, die vorgesehene Absenkung des Rentenniveaus gewissermaßen kurz vor Toresschluss abzumildern. Aber *unsere* Rentenreform ist das nicht. (Beifall)

Unsere Sache ist nicht die Teilprivatisierung eines sozialen Risikos, der Risiken im Alter. Unsere Sache ist nicht die Senkung des Rentenniveaus und der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung. (Beifall)

Immer noch, Kolleginnen und Kollegen, fehlt die eigenständige Sicherung der Frauen. (Lebhafter Beifall) Schließlich ist nach wie vor offen, wie die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung verbreitert werden soll. Arbeiterinnen und Angestellte des öffentlichen Dienstes bleiben bis heute von der steuerlichen Förderung ausgenommen. Das heißt für mich - und ich denke, das

bedeutet für ver.di -: Das Thema Rente bleibt auf der Tagesordnungspunkt.

(Lebhafter Beifall)

- ver.di wird die eigenständige Sicherung der Frauen zum Thema des nächsten Bundestagswahlkampfes machen.
- ver.di erwartet, dass die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung erweitert wird.
- ver.di wird alles daran setzen, das tarifvertragliche Altersvorsorgesystem für Angestellte, für Arbeiterinnen und Arbeiter im öffentlichen Dienst steuergefördert und zukunftssicher zu machen.
- Und ver.di wird auch in allen anderen Bereichen tarifpolitisch an den Aufbau einer steuergeförderten ergänzenden betrieblichen Säule der Altersvorsorge gehen. (Lebhafter Beifall)

Dabei werden wir diskutieren müssen, in welchem Umfang wir die Arbeitgeber zur Mitfinanzierung heranziehen können, wie die Anlage der in Pensionsfonds angelegten Finanzmittel ethischen Bindungen unterworfen werden kann und wie die Interessen der Beschäftigten bei der Steuerung von Fonds zur Geltung gebracht werden können.

In diesem Sinne werden wir auch in die Debatte um die weitere Ausgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung eingreifen; denn das ist das nächste Thema, das gewissermaßen in der Verlängerung der Rentenreform auf die Tagesordnungspunkt gesetzt ist. (Lebhafter Beifall)

Von einer Gesundheitsreform erwarten wir eine Stärkung der Vorsorge, also der Prävention, und der Gesundheitsförderung sowie einen Schub in Richtung einer integrierten Versorgung. Unser Maßstab ist nicht das Budget, nicht das Behandlungsmonopol, sondern die Qualität der Gesundheitsdienstleistung. Sie misst sich an den Ergebnissen für die Patienten und an den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Gesundheitsberufen. (Beifall) Dafür hat die Bundesregierung unsere Unterstützung.

Wer aber nach dem Muster der Rentenform zwischen Grund- und Wahlleistungen differenzieren und wer den Ausstieg aus der paritätischen Beitragsfinanzierung

vollziehen will, der sollte wissen, dass ver.di dagegen halten wird, und zwar von vornherein. (Lebhafter Beifall)

Denn: ver.di – das sind die Krankenschwestern und Ärzte, und das sind gleichzeitig drei Millionen Menschen, die auf eine gute Gesundheitsversorgung angewiesen sind. Kolleginnen und Kollegen, wir haben zurzeit eine Bundesregierung, die den Abbau der Arbeitslosigkeit zu ihrer zentralen Aufgabe erklärt hat und die dem Bündnis für Arbeit in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung beimisst. Ich denke, eine Grundsatzrede zu diesem Zeitpunkt muss sich diesem Thema stellen.

Die Gewerkschaften haben zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit beigetragen mit Vereinbarungen zur Altersteilzeit, zur Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze, zur Reduzierung von Überstunden. Auch die moderate Lohnpolitik der Gewerkschaften in den letzten Jahren ist so gedeutet worden.

Da wird es niemanden überraschen, dass wir irgendwann auch Ergebnisse sehen wollen. Die sind bisher aber leider alles andere als befriedigend: Saisonbereinigt ist die Arbeitslosenzahl seit Beginn der rot-grünen Koalition um rund 300 000 gesunken. Das ist angesichts der lang andauernden Hochkonjunktur und des vom schwachen Euro verursachten Exportbooms verdammt wenig.

Umso alarmierender ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern, wo seit Ende 1998 saisonbereinigt die Zahl der Arbeitslosen sogar noch gestiegen ist. Da kann sich niemand – niemand! – beruhigt zurücklehnen. Und niemand, Kolleginnen und Kollegen, sollte die desolate Situation der Erwerbslosen zu populistischen Zwecken ausnutzen.

Wenn jemand wie Rainer Brüderle „verschärfte Kontrollen für Drückeberger“ fordert und die Berliner Zeitung daraufhin letzte Woche titelt, dass CDU und FDP eine Arbeitslosenpolizei wollen, dann nimmt die aktuelle Debatte – das ist schon makaber – autoritäre Züge an. (Lebhafter Beifall)

Erwerbslose werden ausgegrenzt und in die Nähe von Kriminellen gerückt. Und das, obwohl die Größenordnung des Missbrauchs sozialstaatlicher Leistungen im Vergleich zu dem finanziellen Schaden, der durch Steuerhinterziehungen verursacht wird, einfach nur lachhaft ist. Aber das stört nicht weiter. (Lebhafter Beifall)

Anzutreffen ist ein skandalöses Maß an Heuchelei. Es ist ja keine Seltenheit mehr, dass dieselben Leute, die sich über jede missbräuchlich in Anspruch genommene Sozialleistung schwer empören können und die die Sozialhilfeempfänger am liebsten in die Tonne treten würden, echtes Mitgefühl mit der Familie Graf bekommen und grundinniges Verständnis haben, dass man, wenn es um so viel Geld geht, schon mal 50 Millionen Mark am Fiskus vorbeilotsen möchte. (Lebhafter Beifall)

Ich darf doch sagen, Kolleginnen und Kollegen: Wir sehen die Sache anders. Wir wollen nicht die Sozialhilfeempfänger und nicht die Arbeitslosen bekämpfen, sondern die Arbeitslosigkeit mit unseren gewerkschaftlichen Mitteln. (Lebhafter Beifall)

ver.di wird sich also zunächst auf drei Aufgaben konzentrieren:

Erstens werden wir Fragen der Qualifizierung zum Gegenstand von Tarifverträgen machen, so wie die DPG das schon vorgemacht hat. Qualifizierung macht bestehende Arbeitsplätze sicherer und schafft Raum für Neueinstellungen. Wir verfolgen aufmerksam den Weg, den die IG Metall in Baden-Württemberg gegenwärtig einschlägt.

Zweitens wollen wir Überstunden abbauen. Wir übersehen dabei nicht, dass zurzeit mehr unbezahlte als bezahlte Überstunden geleistet werden. Den 1,9 Milliarden bezahlten Überstunden stehen nach seriösen Schätzungen mindestens 2,4 Milliarden unbezahlte gegenüber. Hier werden wir für die Tarifrunden des Jahres 2002 eine klare Bilanz ziehen müssen.

Und drittens wollen wir die Möglichkeit bezahlter Freistellungen für Bildung, Freizeit oder Familie, während derer der Arbeitsplatz befristet mit einem Arbeitslosen besetzt wird. Unser Nachbarland Dänemark hat mit genau diesem Modell gezeigt, wie erfolgreich Job-Rotation eingesetzt werden kann, weil dadurch zwei Ziele mit einem Modell gefördert werden: Wir machen Arbeitsplätze für Arbeitslose frei und eröffnen Beschäftigten die Chance, ihr Arbeitsleben nach ihren persönlichen Interessen zu gestalten – jedenfalls für eine begrenzte Zeit.

Wir sollten aufmerksam verfolgen, was gegenwärtig im Bundesarbeitsministerium in diesem Zusammenhang auf den Weg gebracht wird. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist für Juni angekündigt. Wir werden das im Auge behalten, und wir werden versuchen, das in Gesprächen mit dem Ministerium und in der Öffentlichkeit zu begleiten.

Damit, Kolleginnen und Kollegen, komme ich zum Thema Bündnis für Arbeit und zur gewerkschaftlichen Lohnpolitik. In der Lohnpolitik hat sich – jedenfalls in meinen Augen – erneut die alte gewerkschaftliche Erfahrung bestätigt, dass Lohnverzicht keine Arbeitsplätze bringt. (Lebhafter Beifall) Der Hinweis, es brauche eben seine Zeit, bis sich eine so genannte beschäftigungsorientierte Lohnpolitik auf dem Arbeitsmarkt positiv bemerkbar mache, hilft uns sicherlich nicht weiter. Schließlich machen wir nicht erst seit zwei Jahren moderate Abschlüsse.

Die Löhne bleiben schon lange hinter der Produktivitätsentwicklung zurück - mit fatalen Folgen, wie sich gerade jetzt in Zeiten sinkender Auslandsnachfrage zeigt; denn der Konjunkturmotor Binnennachfrage funktioniert nicht so, wie er sollte und könnte.

Was aber bei Lohnabschlüssen unterhalb des Produktivitätszuwachses sehr wohl funktioniert – so jedenfalls schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Anfang 2001 in einem Wochenbericht -, ist die Umverteilung zu Gunsten der Gewinne.

Vor diesem Hintergrund wird ver.di zusammen mit den anderen Gewerkschaften im Vorfeld der Tarifrunde 2002 eine Zwischenbilanz über unsere Lohnpolitik und ihre beschäftigungspolitischen Ergebnisse ziehen. Niemand sollte sich darüber wundern, dass diese Zwischenbilanz bei derzeit 4,1 Millionen Arbeitslosen kritisch ausfällt.

Aber sollen wir deswegen aus dem Bündnis für Arbeit aussteigen, wie das einige verlangen? (Zurufe: Ja!) – Ja, (Beifall) aber das macht für mich keinen Sinn. Lasst uns nachher in der Diskussion ruhig darüber streiten. (Starker Beifall)

Gerade bei so komplexen Problemen wie denen, mit denen wir es gegenwärtig in der Bundesrepublik zu tun haben, ist es immer sinnvoll, den Versuch zu machen, Gemeinsamkeiten auszuloten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. In den Betrieben gehört das zum Alltag und dort wie hier bin ich dagegen, Türen von vornherein zuzuschlagen. (Beifall)

Das bedeutet ja nicht, Kolleginnen und Kollegen, dass wir dort, wo wir in Konflikte geraten, diese nicht auch austragen. Wir sollten aber darauf achten, Form und Inhalt auseinander zu halten.

Niemand, Kolleginnen und Kollegen, kann im Bündnis zu Verabredungen gezwungen werden, die er nicht treffen will. Umgekehrt finden sich tausend Wege, dies zu tun, wenn man es will, ob nun mit oder ohne Bündnis. (Beifall)

Konzentrieren wir uns also auf die Inhalte. Wenn wir mit den Tarifabschlüssen im letzten Jahr unzufrieden sind, dann lasst uns über Tarifpolitik reden und darüber, wie wir uns für das nächste Jahr aufstellen. Dann führen wir die inhaltliche Debatte, die wichtig ist, nicht eine über Formen – ob sich Gewerkschaften mit Arbeitgeberverbänden und Bundesregierung an Runden Tischen zusammensetzen, den Meinungs austausch suchen und gemeinsame Schritte verabreden dürfen -, sondern eine über Inhalte, über die Positionen, die wir als Gewerkschaft beispielsweise in der Lohnrunde 2001 einnehmen wollen. Diese Debatte ist verdammt notwendig! (Starker Beifall)

Denn eines sollte nun doch auch klar sein: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben und die Arbeitslosen erwarten, dass die Verantwortlichen der gesellschaftlichen Gruppen – und dazu gehören wir und dazu gehören die Arbeitgeberverbände – gemeinsam mit der Bundesregierung ausloten, was zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan werden kann.

Es sind Leute wie Brüderle und Merz sowie Scharfmacher im Unternehmerlager, die den Ausstieg aus dem Bündnis fordern. Weil sie keine Verabredungen zum Ausbildungsplatzangebot wollen, keine Verabredungen zur Qualifizierung Älterer und keine Verabredungen zur sozialverträglichen Absicherung der EU-Osterweiterung.

Sie setzen - parteitaktisch wie ordnungspolitisch motiviert – auf Konfrontation und Polarisierung. Sie wollen Druck auf die Löhne, Senkung der Sozialhilfe, verkürzte Bezugszeiten beim Arbeitslosengeld und Veränderungen im Tarifvertragsgesetz.

Sie wollen das, damit Druck ausgeübt werden kann auf die Betriebsräte, um die Tarifverträge aufzubrechen und die gewerkschaftliche Durchsetzungskraft dauerhaft zu schwächen.

Es gehört für mich, Kolleginnen und Kollegen, zu den makabren Eigentümlichkeiten der letzten Monate, dass es dieselben Leute sind,

- die einerseits das Hohe Lied betriebsrätlicher Regelungskompetenz singen, wenn es darum geht, Flächentarifverträge aufzuknacken,

-
- und andererseits von „Verhängnis“ sprechen und von einem „GAU“, wenn es in Zukunft einfacher werden soll, einen Betriebsrat zu bilden. (Starker Beifall)

Auch hier das gleiche Bild, auch hier ein unerträgliches Maß an Heuchelei!

Der Entwurf zur Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes kann so, wie er vorgelegt worden ist, aus gewerkschaftlicher Sicht nicht befriedigen. (Beifall)

Er enthält keine Abkehr vom bisherigen Tendenzschutz und das, obwohl zum Beispiel Krankenhäuser und Großforschungseinrichtungen zu richtigen Wirtschaftsunternehmen geworden sind, in denen zum Teil dreistellige Millionenumsätze gemacht werden. In diesem Gesetzentwurf fehlen die Ausgestaltung und Erweiterung von Mitbestimmungsrechten zum Beispiel beim Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse, bei denen wir eine solche Ausweitung dringend brauchen. (Beifall)

Das könnte man jetzt im Detail ausführen. Ich will das auf Grund der fortgeschrittenen Zeit nicht tun. Wir werden ja morgen noch Gelegenheit haben – ich denke, Michael Sommer wird dazu vortragen -, hierüber zu diskutieren.

Positiv an diesem Gesetzentwurf, Kolleginnen und Kollegen, ist jedoch,

- dass es einfacher wird, einen Betriebsrat zu bilden,
- dass neue Beschäftigtengruppen wie Leiharbeiterinnen durch Betriebsräte vertreten werden können,
- dass Betriebsräte für die immer komplexer werdenden Probleme bessere Arbeitsbedingungen erhalten
- und dass wir Übergangsmandate bei Betriebsübergängen und Ausgründungen haben.

Das ist gut, weil darüber die mitbestimmungsfreien Zonen in unserer Gesellschaft reduziert und in mehr Betrieben Betriebsräte gebildet werden können. Aber im Kern sind das immer noch die alten Mitbestimmungsrechte, die es schon 1952 gab und von denen die Unternehmerverbände jetzt behaupten, es handele sich dabei um einen grundgesetzwidrigen Eingriff in die unternehmerische Freiheit. Sie kündigen an, deswegen jetzt zum Bundesverfassungsgericht gehen zu wollen, um das Ganze auf seine Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen.

Das ist nun in der Tat grundsätzlicher, wie es grundsätzlicher nicht sein kann, weil das, was sie den arbeitenden Menschen in diesem Lande damit streitig machen wollen, das Recht auf Mitsprache ist, jedenfalls in Klein- und Mittelbetrieben, das Recht, bei den Angelegenheiten beteiligt zu werden, die sie direkt betreffen. Statt Motivation durch Beteiligung kramen sie wieder den alten „Herr-im-Hause-Standpunkt“ heraus.

Ich sage ganz deutlich, Kolleginnen und Kollegen: Da ist Einigung nicht möglich. Denn genau gegen diese Selbstherrlichkeit haben sich die Gewerkschaften ursprünglich zusammengefunden. Wir stehen bis heute dafür, dass Unternehmer keine uneingeschränkte Entscheidungsgewalt haben, sondern ihre Beschäftigten mitbestimmen und beteiligen lassen müssen. (Starker Beifall)

Die Gewerkschaften stehen auch dafür, dass die Menschen beteiligt werden, und zwar aus verbrieften Rechten, die jeder in Anspruch nehmen kann und bei denen er nicht abhängig ist von Lust und Launen des Firmeninhabers. Dieses Recht, das anders machen zu können, das bestreiten wir den Unternehmern und ihren Verbänden. (Beifall)

Wenn wir Freiheit sagen, dann meinen wir nicht die Freiheit der Unternehmer von Pflichten, die Freiheit des Neoliberalismus, sondern wir meinen die Freiheit der Menschen, Rechte zu haben - Teilhaberechte und soziale Schutzrechte. Wir sagen: Die Individualität des Einzelnen braucht die Sicherheit der Gemeinschaft und lässt sich nur durch die Solidarität vieler sichern. Dafür brauchen wir die Kraft der Gewerkschaften.

ver.di - unsere Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - steht für Demokratie und die Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen über ihre Geschicke, für Gerechtigkeit und Fairness, für Respekt und die Würde des Menschen, dafür, dass Menschen für sich und füreinander Verantwortung übernehmen! Für diese Werte suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Kräften. Dafür laden wir zur Mitgestaltung ein - alle, die meinen, dass es lohnt, für solche Werte einzutreten.

Macht mit! Lasst uns zusammen etwas Neues aufbauen, eine lebendige, vielfältige, streitlustige Dienstleistungsgewerkschaft für das 21. Jahrhundert.

Unsere Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft: wegen Umbau geöffnet!

Packen wir's an! (Langanhaltender lebhafter Beifall, der zum Schluss in rhythmisches Klatschen übergeht - Die Anwesenden erheben sich)

-